



Ausschuss für Europa und Eine Welt

14. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz
2014)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses **6**
Vorlage 16/1164 – Erläuterungsband zum Einzelplan 02

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) führt in den
Einzelplan 02 ein und beantwortet Fragen der Abgeordneten.

- 2** **Britisches Überwachungsprogramm „Tempora“ ist unionswidrig:**
Vertragsverletzungsverfahren gegen Großbritannien einleiten!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3441

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3441** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **ab**.

- 3 Achtung! YES, WE SCAN. Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!** 24

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, sich **nachrichtlich** an der **Anhörung** des Innenausschusses am 6. Februar 2014 zu **beteiligen**.

- 4 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus
Erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation 25**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3443

- Diskussion.

- 5 Keine europaweite Einführung von Gigalinen „durch die Hintertür“ – Folgenabschätzung für NRW dringend erforderlich!** **28**

Antrag
der Fraktion PIRATEN
Drucksache 16/2896

- Kurze Aussprache.

- 6 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union!** 29

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

APr 16/314

Der **Ausschuss für Europa und eine Welt lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/3205** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Piratenfraktion **ab**.

- 7 Ausbaustrecke Münster–Lünen: Ergebnisse des Bahngipfels vom 31. März 2010 müssen umgesetzt werden** 34

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3230

APr 16/311

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/3230** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von CDU und Piraten **ab**.

- 8 Verschiedenes** 38

– Siehe Diskussionsteil.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
Vorlage 16/1164 – Erläuterungsband zum Einzelplan 02

Vorsitzender Nicolaus Kern führt aus, der Gesetzentwurf Drucksache 16/3800 sowie die Finanzplanung 2013-2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/3801 seien nach der ersten Lesung durch das Plenum am 25. September einstimmig zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die übrigen Fachausschüsse überwiesen worden.

Er gehe auch bei diesen Haushaltsberatungen davon aus, dass der Ausschuss zu der „Mittelfristigen Finanzplanung 2013-2017“ Drucksache 16/3801 keine Beratung vornehme.

Der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt erstreckte sich auf die Kapitel des Einzelplans 02 (Ministerpräsidentin) 02 030 – Europa, 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt, 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union. Der Erläuterungsband liege als Vorlage 16/1164 vor.

Im Hinblick auf den Beratungsfahrplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses, der als Abgabefrist für die Mitteilung von Beratungsergebnissen der Fachausschüsse bereits den 19. November 2013 vorgegeben habe, sei heute die Einbringung durch Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren vorgesehen.

Für die abschließende Beratung und Abstimmung im Ausschuss für Europa und Eine Welt hätten sich die Obleute auf eine Sondersitzung am Donnerstag, den 14. November 2013, 14.00 – 16.30 Uhr, verständigt.

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren, führt in den Etat des Einzelplans 02 ein:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Mitarbeiter und Gäste! Der Haushaltsentwurf liegt Ihnen vor, die meisten Positionen darin haben wir 1 zu 1 überrollt. Die wichtigsten Positionen werde ich, zunächst für den Bereich Europa, danach für die Bereiche Eine Welt und Internationales kurz erläutern.

Ich beginne mit Europa. Der Entwurf sieht für 2014 Ausgaben im **Kapitel 02 030** in Höhe von 2,798 Mio. € vor. Das sind 3.200 € mehr als im Vorjahr. Die prozentuale Abweichung liegt damit im Promillebereich.

Meine Damen und Herren! Europa und die Europäische Union – das haben wir hier schon öfter angesprochen – sind in einer schwierigen Situation. Das Wachstum in Europa bleibt schwach. Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den Jugendlichen, und Armut steigen weiter an. Die soziale Spaltung des Kontinents vertieft sich mehr und mehr. Europa schottet sich nach außen ab. Das wirkt sich auf die politischen Systeme in den EU-Ländern aus. Die Menschen protestieren, Regierungen stürzen, Parlamente werden vor dem Ende der Legislaturperiode neu gewählt. Nationalistische und rechtspopulistische Parteien gewinnen an Stärke.

Laut der im Juli veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage haben über 60 Prozent der Europäer kein Vertrauen mehr in die Union. Bei der letzten Europawahl im Juni 2009 lag die Wahlbeteiligung bei etwas mehr als 43 Prozent, dementsprechend viel niedriger als die etwa 60 bis 70 Prozent Wahlbeteiligung, die bei Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen in modernen Demokratien in Europa üblich sind. Schon dieser Befund zeigt: Die demokratische Legitimation der EU ist sehr brüchig. Die Menschen wenden sich ab. Deswegen besteht dringender Handlungsbedarf bei den Strukturen, den politischen Themen und der Kommunikation zu Europa.

Im Süden mögen die sozialen Verwerfungen, die auch der Austeritätspolitik geschuldet sind, ein Grund dafür sein, dass die Menschen den einfachen Strickmustern der Rechtspopulisten folgen. Das ist bedrückend genug, und ich hoffe, dass die ersten positiven wirtschaftlichen Indikatoren dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Aber die Krise ist längst nicht vorüber.

Mich bedrückt aber auch, dass eine neue Partei in unserem wirtschaftlich so starken Land schon bei den Wahlen zum Bundestag mit nur einem Thema auf Stimmenfang gegangen ist: der Ablehnung einer gemeinsamen europäischen Verantwortung für Europa. Ich finde das geradezu beschämend. Ohne Europa – das möchte ich hier noch einmal unterstreichen – wäre die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands undenkbar. Und dennoch kann sich eine Partei erfolgreich gegen Europa profilieren. Offensichtlich gelingt es uns nicht, die Vorteile der europäischen Integration zu verdeutlichen. Und offensichtlich sind es in Europa zu viele, die an der erfolgreichen Integration nicht teilhaben und für die kein ausreichendes soziales Auffangnetz gespannt ist. Für mich bedeutet dies: Wir müssen gemeinsam Europa besser erklären, und wir brauchen einen Neustart für die soziale Verantwortung der europäischen Institutionen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das leichter gesagt als getan ist und dass das nicht von heute auf morgen zu erledigen ist. Mir sind auch die begrenzten Möglichkeiten und die Rolle des Landes Nordrhein-Westfalens bewusst.

Dennoch können und dürfen wir vor den politischen Entwicklungen nicht die Augen verschließen. Vielmehr müssen sie unsere politische Arbeit beeinflussen, und ich denke, das spiegelt sich im Haushaltsentwurf 2014 wider.

Meine Damen und Herren, wir müssen für unsere europapolitischen Positionen werben. Dies werden wir mit geeigneten Veranstaltungen in Düsseldorf, in Berlin und auch in Brüssel tun, um Verbündete zu finden und dadurch die Durchsetzbar-

keit unserer politischen Zielsetzungen zu erhöhen. Es wird auch erforderlich sein, im Rahmen der bewährten Formate auf wissenschaftliche Expertise zurückzugreifen. So werden wir auch in 2014 Sitzungen des Expertenrats von FINE haben, an denen Sie ja auch schon teilgenommen haben, oder einzelne wissenschaftliche Gutachten in Auftrag geben mit dem Ziel, angemessene Lösungsansätze aufzuzeigen und zu diskutieren.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger direkt ansprechen und für Europa gewinnen, das Feld also nicht den Europaskeptikern zu überlassen. Dazu haben wir im letzten Jahr unser Konzept zur europapolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, das es jetzt umzusetzen gilt. Mit diesem Konzept richten wir uns bewusst an einzelne Zielgruppen, die ich im Folgenden beispielhaft nennen möchte:

Bereits seit einiger Zeit liegt ein Schwerpunkt unserer Europaarbeit auf der stärkeren Einbindung der kommunalen Ebene: Wir unterstützen die Kommunen dabei, ihre Rolle in Europa zum Nutzen ihrer Bürgerinnen und Bürger aktiv wahrzunehmen, denn dies bietet sowohl für die kommunale Ebene selbst als auch für die Bürgerinnen und Bürger klare Vorteile, z. B. die finanzielle Entlastung durch europäische Förderprogramme oder die Interessenwahrnehmung kommunaler Positionen in europäischen Entscheidungsprozessen.

Meine Damen und Herren, mit dem „Leitprogramm Europaaktive Kommune“ ist es uns gelungen, das Interesse der kommunalen Ebene an europäischen Themen deutlich zu steigern. In diesem Jahr hat Frau Ministerpräsidentin Kraft erstmals die Auszeichnung „Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen“ an 25 Kommunen aus dem ganzen Land verliehen. Mit zahlreichen Veranstaltungen konnten wir der hierdurch geschaffenen Aufmerksamkeit für europäische Themen gerecht werden und die Vernetzung der Kommunen und den damit verbundenen Lernprozess fördern. Die nächste Auszeichnungsveranstaltung wird im Herbst 2014 stattfinden.

Eine weitere wichtige Zielgruppe ist die nachwachsende Generation. Aber: Um junge Menschen für den Europagedanken zu gewinnen, müssen wir auch eine emotionale Beziehung zum Thema Europa aufzubauen. Gemeinsam mit Multiplikatoren aus den Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit entwickeln wir Strategien, wie das gelingen kann.

Wir haben auch ein Angebot für die allgemeine Öffentlichkeit, zum Beispiel mit der Durchführung der Europawoche und der Vergabe von Zuschüssen zu Veranstaltungen oder Projekten mit einem europäischen Bezug. Wie wichtig diese Arbeit ist, zeigt sich darin, dass die Zahl der qualifizierten Förderanträge für Veranstaltungen im Rahmen der Europawoche von Jahr zu Jahr zunimmt. Uns zeigt das, dass wir mit dieser traditionsreichen Veranstaltung immer mehr Menschen im Land erreichen können.

Und dann sind da noch die zahlreichen, zumeist ehrenamtlichen Multiplikatoren der Europakommunikation. Wir wollen dieses Engagement besser vernetzen, damit sie voneinander lernen und so ihren Wirkungsgrad noch steigern. Die wichtigsten Multiplikatoren, die die Spannbreite der Europakommunikation in Nordrhein-

Westfalen abbilden, bringen wir 2014 zu einer ersten Netzwerkkonferenz zusammen. Kleinere zielgruppenbezogene Netzwerkveranstaltungen finden bereits in diesem Jahr statt (z.B. das Junge Netzwerk für Europa).

Eine weitere wichtige Zielgruppe unserer Europaarbeit sind die Europaschulen, von denen es in Nordrhein-Westfalen mittlerweile 172 gibt. Am 6. Dezember 2013 werden wir im Rahmen des jährlich stattfindenden Netzwerktreffens der Europaschulen NRW weitere Schulen zertifizieren.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal meinem Dank gegenüber dem Landtag Ausdruck verleihen, der es auch in diesem Jahr wieder möglich macht, dass das mittlerweile schon zur Tradition gewordene jährliche Treffen in seinen Räumlichkeiten stattfinden kann. Diese parlamentarische Unterstützung für das hohe Engagement der teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schülern wird in den Schulen stark wahrgenommen und dient ihnen immer wieder als Ansporn.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen arbeitet auf vielen Feldern eng und vertrauensvoll mit seinen Nachbarländern zusammen. Dabei stellen die Beziehungen zum Benelux-Raum weiterhin einen besonderen Eckpfeiler der europäischen Zusammenarbeit des Landes dar. Politisches Kernstück ist dabei die Umsetzung der Beneluxstrategie. Auch die wichtige Arbeit der EUREGIO in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird die Landesregierung weiter finanziell fördern.

Die Zusammenarbeit des Landes mit den EU-Mitgliedstaaten wird sich auch 2014 auf strategisch festgelegte Schwerpunktländer und –themen konzentrieren. Eine wichtige Rolle wird auch in der Zukunft die Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen des Regionalen Weimarer Dreiecks mit den Partnerregionen Schlesien und Nord-Pas de Calais spielen. Mit diesen Partnerregionen verbindet uns eine mehr als 10-jährige enge und freundschaftliche Beziehung. Wie intensiv diese Partnerschaften gelebt werden können, hat das Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr 2011/2012 gezeigt. Viele innovative Projekte wurden initiiert und auf den Weg gebracht. Diese positiven Impulse klangen schon 2013 nach und werden auch im Jahr 2014 weitergeführt.

Darauf ruhen wir uns aber nicht aus. Wir planen im Jahr 2014 eine neue Partnerschaftsvereinbarung mit Nord-Pas de Calais, die die Themen Jugendmobilität, Ausbildung, Energie, Kultur, Cluster – Wirtschaft / Technologie umfasst. Verbindend sind auch die Projekte im Rahmen des Regionalen Weimarer Dreiecks gemeinsam mit Schlesien mit den drei Schwerpunkten Nachnutzung des industriellen Erbes, Jugendgipfel und Projekte zur Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit. Im kommenden Jahr werden wir in dem Rahmen ein Projekt zur Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den drei Partnern ausrichten.

Meine Damen und Herren, in meinen Ausführungen konnte ich Ihnen nur einen Teil der finanzwirksamen Aktivitäten unserer Europaarbeit vorstellen. Im Einzelnen werden wir unsere Schwerpunktthemen für 2014 zu Beginn des Jahres in den eu-

ropapolitischen Prioritäten identifizieren, die ich dem Ausschuss dann gerne vorstelle.

Auch im **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – haben wir für das Haushaltsjahr 2014 bei fast allen Haushaltstiteln die Ansätze des Jahres 2013 überrollt. Nach den nicht unerheblichen Kürzungen in diesem Kapitel in einer Größenordnung von 10% im noch laufenden Jahr setzen wir damit nun wieder ein Zeichen für Kontinuität und Verlässlichkeit in der Eine-Welt-Politik und in unserer internationalen Zusammenarbeit.

Insgesamt sollen im Kapitel 02 040 für das Jahr 2014 Mittel in Höhe von 5,944 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das sind 128.000 Euro mehr als im Vorjahr. Dieser Aufwuchs betrifft ausschließlich zwei Titel des Kapitels:

Der Titel 547 00 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben in der Eine-Welt-Politik – wird um 75.000 Euro aufgestockt. Diese Mittel decken die Aufwendungen des Projektbüros „Nachhaltige und Faire Beschaffung in Nordrhein-Westfalen“, das seine Arbeit am 1. März 2013 aufgenommen hat. Das Büro hat inzwischen ein Konzept vorgelegt, mit dem im Rahmen der Eine-Welt-Strategie des Landes ein Beitrag zu einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung geleistet werden soll. Sie erinnern sich: Das Projektbüro betreiben wir in Partnerschaft mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung.

Das Konzept identifiziert drei Schwerpunkte. Die landesbehördliche und kommunale Ebene: Hier geht es um die Entscheidungsträger für Beschaffungsvorgänge öffentlicher Institutionen. Das Projektbüro will dazu beitragen, erforderliches Wissen zu vermitteln, gute Praxisbeispiele zu kommunizieren und zu Kompetenzgewinnen in Beschaffungsstellen und bei den politisch Verantwortlichen beizutragen. Dabei wird es mit den einschlägigen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten und seine Expertise komplementär mit einbringen.

Die politische Ebene: Da wird es darum gehen zu identifizieren, welche rechtlichen Rahmenbedingungen dazu beitragen können, dass die Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten bei öffentlichen Beschaffungsprozessen gefördert wird.

Die wirtschaftliche Ebene: Hier geht es um Unternehmen. Ihnen eröffnen sich Chancen, sich mit nachhaltigen Produkten neue Märkte zu erschließen.

Das Büro verfolgt einen pragmatischen Ansatz. Es wird nicht möglich sein, alle drei Handlungsebenen gleichzeitig mit Leben zu füllen. Die ersten Aktivitäten gelten daher der kommunalen Ebene. In Zusammenarbeit mit dem Eine Welt Netz NRW/Bündnis für öko-soziale Beschaffung NRW lädt das Projektbüro zum 1. Dialogforum der Kommunen am 5. Dezember ein. Teil der Veranstaltung wird die Verleihung des Vergabepreises NRW 2013 sein.

In seiner Funktion als Unterstützer und Vermittler versteht das Projektbüro diese Veranstaltung als Auftakt, um mit Kommunen in einen konstruktiven Dialog zu treten, kommunale Bedarfe zu ermitteln und für die Umsetzung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung zu motivieren.

Der zweite Bereich mit einem Plus von 53.000 € ist der Zuschuss an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Die Gesellschafter des DIE – darunter das Land Nordrhein-Westfalen – haben einer moderaten Anhebung der institutionellen Förderung des DIE im Jahr 2014 zugestimmt, die vor allem gestiegenen Ausgaben für Personal Rechnung tragen soll. Entsprechend unserem Anteil entfallen 25 % der Anhebung der institutionellen Förderung auf Nordrhein-Westfalen.

Ansonsten bleiben wir konstant. Das gilt auch für die Maßstäbe, von denen wir unsere Eine-Welt- und die Internationale Politik leiten lassen wollen:

1. Bleibt Nordrhein-Westfalen international handlungsfähig?
2. Kann Nordrhein-Westfalen auch weiterhin seinen Verpflichtungen für die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik im In- und Ausland nachkommen?
3. Bleiben wir in der Lage, auch künftig wichtige Akzente zu setzen und Anstöße zu geben?

Der Haushaltsvollzug in diesem Jahr hat uns gezeigt, dass wir diese Fragen mit „Ja“ beantworten können. Wir haben die landeseigenen Eine-Welt-Programme auf hohem Niveau fortgesetzt und mit auskömmlichen Mitteln ausstatten können. Die Zusammenarbeit mit unseren wichtigsten Partnerländern und –regionen haben wir fortgesetzt und teilweise weiter stärken können, einschließlich der Entwicklungspartnerschaften.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem jetzigen Niveau des Haushalts im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und der Eine-Welt-Politik einen guten Ausgleich zwischen haushaltspolitischer Sorgfalt und Sparsamkeit einerseits und unserer landespolitischen Verantwortung für die Eine Welt und für unsere internationalen Partnerschaften und Verpflichtungen andererseits gefunden haben.

Die von mir genannten Maßstäbe für die Ausstattung dieser wichtigen Politikfelder mit auskömmlichen Haushaltsmitteln gelten dabei auch für das Jahr 2014. Dass wir auch im kommenden Jahr handlungsfähig bleiben und Akzente setzen werden, will ich an nur drei Beispielen darstellen:

Am 6. Februar 2014 wird in Dortmund zum dritten Mal das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum stattfinden. Nach 2010 und 2012 werden wir erneut in der Lage sein, die Finanzierung dieser wichtigen Wirtschaftsbegegnung sicherzustellen.

Wir stehen mit unserer Partnerprovinz Mpumalanga kurz davor, eine neue Partnerschaftserklärung für die kommenden 5 Jahre abzuschließen, und werden zeitnah auch erste Gespräche mit der ghanaischen Regierung zur Fortsetzung der Partnerschaft mit Ghana aufnehmen. Wir stehen zu beiden Partnerschaften und wollen diese weiter ausbauen und stärken, auch in Zusammenarbeit mit der GIZ.

Ebenfalls mit der GIZ sind wir in guten Gesprächen über eine künftige gemeinsame Durchführung der bisher vom Land allein getragenen „Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik“. Wir streben danach, die erste gemeinsame Konferenz Anfang 2015 in Bonn durchzuführen – die wesentlichen Vorarbeiten dazu müssen im kommenden Jahr erfolgen.

Diese wenigen Beispiele illustrieren: Wir werden mit den im Kapitel 02 040 etatierten Mitteln in der Lage sein, unsere laufenden Projekte und Programme auf gutem Niveau fortzuführen, unseren Verpflichtungen auch zukünftig gerecht zu werden und gleichzeitig auch neue Aktivitäten in Angriff zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt nicht alle Titel angesprochen, aber dennoch wird deutlich, dass wir verlässliche Partner in der Eine-Welt-Politik sind und bleiben werden.

Diese Verlässlichkeit gilt auch für das Politikfeld der **internationalen Angelegenheiten**. Auch hier ist gewährleistet, dass wir handlungsfähig bleiben, dass wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen und dass wir auch künftig wichtige Akzente setzen können.

Im Vordergrund der internationalen Zusammenarbeit stehen dabei vor allem die Länder Brasilien, China, Ghana, Israel und die Palästinensischen Gebiete, Japan, Russland, Südafrika, die USA, Kanada und die Türkei sowie die Regionen, mit denen das Land Partnerschaften und Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen hat.

Die Mittel werden zur Durchführung eigener Maßnahmen sowie zur Förderung von Projekten in der Verantwortung Dritter eingesetzt. U.a. werden aus diesen Mitteln bilaterale Kooperationsprojekte, Konferenzen und Workshops, kulturelle Veranstaltungen, Jugendbegegnungen, Stipendienprogramme u. ä. durchgeführt und Untersuchungen in Auftrag gegeben.

So wollen wir beispielsweise auch 2014 den politischen Dialog mit China pflegen, den Austausch zwischen den Organisationen in NRW unterstützen, die sich mit der Türkei befassen, und einige Projekte im Rahmen des Deutschlandjahres in Brasilien 2013/2014 fördern und damit einen Beitrag zum Ausbau der Beziehungen Deutschlands zu diesem zunehmend wichtigen Schwellenland leisten. Auch unser Stipendiatenprogramm für Studierende aus dem Nahen Osten und unser Auslandsprogramm, in dessen Rahmen wir in unseren Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit Projekte „Dritter“ unterstützen, werden wir fortführen.

Auch die Aktivitäten und Programme des Landes zur Förderung der Zusammenarbeit und der Begegnung mit Israel im Jugendbereich erfreuen sich weiterhin eines sehr großen Zuspruchs. Bei den Programmen handelt es sich um Schulpartnerschaften, außerschulische Jugendbegegnungsmaßnahmen, Förderung von Fahrten junger Menschen zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus, Kurzzeitstipendien an israelische Studierende zum Besuch von Universitäten in Nordrhein-Westfalen oder die Förderung von Fortbildungsseminaren für Lehrerinnen und Lehrer in Yad Vashem. Sie bilden weiterhin das stabile Fundament der Beziehungen zwischen NRW und Israel sowie den Palästinensischen Gebieten.

Auch der Ansatz des Titels zur Unterstützung des Amerika-Hauses in Höhe von 125.000 Euro wird überrollt. Mit den Zuschüssen des Landes soll die erfolgreich verlaufende Projekt- und Programmarbeit des Amerika-Hauses e.V. NRW unterstützt werden. Mitte 2013 haben ein neuer Vorstand und eine neue Geschäftsfüh-

rung die Arbeit aufgenommen. Von der Arbeit des neuen Vorstandes und der neuen Geschäftsführung hängt ab, wie sich das Amerika-Haus inhaltlich und finanziell weiterentwickelt.

Das EFRE-Projekt der Stadt Bonn zur Förderung des Internationalen und UN-Standortes ist Mitte 2013 ausgelaufen. Aus Sicht der Stadt Bonn und aller wichtigen Spieler am Standort hat das EFRE-Projekt in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, die Präsenz und die Aktivitäten zahlreicher internationaler Organisationen – vor allem Nichtregierungsorganisationen – am Standort Bonn weiterzuentwickeln und zu stärken. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Stadt Bonn um ein Anschlussprojekt in den Jahren 2014 ff.. Darüber hinaus dient der Titel auch der Unterstützung der Arbeit einzelner Organisationen am Standort Bonn.

Für das Jahr 2014 ist u.a. eine Förderung der Generalversammlung des Europäischen Dachverbandes Entwicklungspolitischer Institute und der Arbeit des Weltnetzwerkes „Städte für Nachhaltige Entwicklung“ geplant.

Meine Damen und Herren, am Standort Bonn wird deutlich, wie sehr wir in Nordrhein-Westfalen international vernetzt sind. Das zeigt sich schon heute bei den UN-Aktivitäten und bald, so hoffe ich, noch stärker zu dem Themenfeld Europa. Ich würde mich freuen, wenn es uns gemeinsam im nächsten Jahr gelingen würde, der Initiative des Landtags zur Einrichtung eines Informationsbüros durch das Europäische Parlament in Bonn zum Erfolg zu verhelfen.

Ilka von Boeselager (CDU) hebt hervor, ihre Fraktion sei daran interessiert, die Ministerin bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Bedeutung Europas für die Bürgerinnen und Bürger noch klarer und intensiver in den nächsten Wochen und Monaten herauszustellen. Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen im Mai nächsten Jahres sei es von erheblicher Bedeutung, wie man bei den Wahlen abschneiden werde, aber auch, welche hohe Wahlbeteiligung in Deutschland erreicht werde.

Bedauerlicherweise sei die AfD eine demokratische Partei. Es liege jetzt an den Politikern, sich mit den Argumenten so darzustellen, dass die Bevölkerung überzeugt werde. Noch werde eine Sitzung zum Haushalt stattfinden, in der auch die einzelnen Punkte aufgegriffen würden. Zu einem Punkt bitte sie aber um Erläuterung. Das betreffe die Erweiterung des Haushaltsansatzes für die Landesvertretung in Brüssel. Es seien zusätzliche Planstellen vorgesehen. Die Ministerin habe deutlich gemacht, warum einzelne Haushaltssätze steigen würden. Sie bitte die Ministerin, etwas zu den Planstellen zu sagen.

Auch wüsste sie gerne, ob man in der Landesvertretung die Räumlichkeiten auch vermiete, dass man Fundraising mache und daran interessiert sei, Einnahmen zu erzielen. Sie könnte sich vorstellen, dass viele Institutionen ein Interesse hätten, dort zu tagen. Sie wüsste gerne, ob das optimal genutzt werde.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) gibt an, die Steigerungen bei der Landesvertretung in Brüssel seien in der Tat mit Personalausgaben und mit einer

Steigerung der Mietkosten begründet. Bei den Personalausgaben handele es sich nicht um eine Anhebung der Planstellen – im Gegenteil. Es werde eine weniger gegeben. Die Steigerung der Personalkosten sei darin begründet, dass es zu Tarifvertragerhöhungen gekommen sei, die ausgeglichen werden müssten.

Die Frage in Bezug auf die Vermietung der Räumlichkeiten könne sie positiv beantworten. Wenn Partner, von außen kommend, die Räume nutzen wollten, dann könnten sie das bei entsprechender Programmatik gegen Erstattung der Kosten für die Räumlichkeiten und die Bereitstellung machen.

Marc Olejak (PIRATEN) bedankt sich für den Bericht. Er komme ursprünglich aus der Werbung. Die Ministerin habe den Bereich der Europaaktiven Kommunen erwähnt. Mit Blick auf eine bessere Vermittlung dieser Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger fehlten ihm nähere Erläuterungen, wie sich die Europaaktive Kommune prinzipiell ausgestalte, was die Kriterien seien, wie das 2014 im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden solle.

Bezüglich der Konferenzen und Tagungen, die stattfänden, frage er sich, inwieweit Bertelsmann da mitverdiane. Das sei aus den Haushaltsplanungen nicht ersichtlich.

Bezüglich der anstehenden EU-Wahlen 2014 schreibe die Ministerin: Das Mehr sei unter anderem vorgesehen, um dem verstärkten Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Er frage, wie diesem Informationsbedarf gerecht werden solle, ob es da schon weitere genauere Ausführungen gebe.

Die Bertelsmann Stiftung habe unentgeltlich an der Erarbeitung des Konzepts für die Europaaktiven Kommunen mitgewirkt, erläutert **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK)**. Europaaktive Kommunen müssten verschiedene Kriterien erfüllen. Es seien auch einige Sonderpreise für Kommunen verliehen worden, die nicht allen Kriterien hätten gerecht werden können, die aber in einzelnen Bereichen des Landes besonders aktiv gewesen seien, beispielsweise im Bereich der Jugendbegegnungen oder der Städtepartnerschaften. Die Kriterien seien unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um große, kleine oder mittlere Kommunen handele.

Nun könne man sich vorstellen, dass Personal, das in der Kommune zur Verfügung gestellt werde, um Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen beispielsweise über Förderprogramme zu informieren, in kleinen Kommunen nicht vorgehalten werden könne. Deswegen könne man das dort nicht als Kriterium anwenden. Das sei sehr unterschiedlich. Es komme auch darauf an, dass die Kommunen bereit seien, sich im Bereich der internationalen Begegnungen zu betätigen, dass sie beispielsweise Städtepartnerschaften unterstützten, dass sie die Schulen in entsprechenden Austauschprogrammen unterstützten. Sie könne dem Ausschuss gerne Informationen zu den einzelnen Kriterien zukommen lassen.

Was die europapolitische Kommunikation angehe, so sei NRW sicher nur ein Spieler auf dem Feld. Da man selbst nicht mit allen Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren könne, setze man sehr stark auf die Multiplikatoren. Da sehe sie die Aufgabe darin, wiederum auch die Multiplikatoren miteinander zu vernetzen, damit sie im Sinne von

Best Practice voneinander lernen könnten, wie möglicherweise gute Beispiele umgesetzt werden könnten, um Zugang zu Bürgerinnen und Bürgern zu finden.

Dass hier junge Leute eine besonders wichtige Rolle spielten, sei offensichtlich. Insofern gebe es immer wieder Formate, bei denen mit Gruppen von jungen Multiplikatoren Veranstaltungen unterstützt würden, beispielsweise die Durchführung von Planspielen, sodass nicht nur in Schulen, sondern auch in Rathäusern Jugendliche aus der Region zusammenkommen könnten. Das sei eine ganze Fülle. Sie könne das im Einzelnen nicht alles aufzählen. Sie sei gerne bereit, in einer der nächsten Sitzungen etwas ausführlicher über dieses europapolitische Kommunikationskonzept zu berichten.

Holger Ellerbrock (FDP) kommt darauf zurück, dass die Ministerin gesagt habe, die politischen Probleme im Süden Europas seien der Austeritätspolitik geschuldet. Das möge man so sehen. Gleichzeitig müsse man aber sagen, dass Deutschland mit der Aufweichung der Maastricht-Kriterien selbst ein gerütteltes Maß Schuld an der Situation trage. Das gehöre zur Ehrlichkeit mit dazu.

Bezüglich der Wahlbeteiligung und der AfD räume er ein, dass man es nicht geschafft habe, die selbstverständliche Bedeutung Europas klarzumachen. Das müsse man ganz nüchtern sehen.

Was ihn im weitesten Sinne betroffen mache, sei – das sei in allen Parteien so – die Tatsache, dass eine kleinliche Kritik an Europa ob eines vermeintlichen parteipolitischen Vorteils willen geübt werde. Er rechne die eigene Partei mit dazu. Das Einfachste sei zu sagen, die Brüsseler Bürokratie, wenn man die Dolmetscher abziehe, sei eine Verwaltung, die aus nicht viel mehr Menschen bestehe als die Kölner Stadtverwaltung, wenn die Zahlen stimmen würden. Wenn vor Ort etwas nicht klappe und wenn es das Gartentörchen beim Friedhof sei, dann sei das immer Brüssel schuld. Es sei eine Aufgabe aller Politikerinnen und Politiker, dem entgegenzutreten.

Er sage immer, Europa habe 60 Jahre Frieden beschert. Wer die Bedeutung dieses Satzes nicht nachvollziehen könne, der solle einfach nur einmal nach Ysselsteyn fahren, über den Soldatenfriedhof gehen. Das sei Europa 60 Jahre erspart geblieben. Dass manches schief laufe, sei auch klar. An der heutigen Situation sei man selbst schuld. Es gelte, gemeinsam dagegen anzugehen.

Über die einzelnen Punkte werde der Ausschuss noch diskutieren. Er vertrete immer die Auffassung, Außenpolitik sei Bundessache. Man müsse gucken, wo bei einem Europa der Regionen Grenzen seien. Das gelte auch für die Entwicklungshilfe. Da müsse man vielleicht andere Schwerpunkte setzen. Darüber könne man bei der Haushaltsberatung sprechen.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (Stk) möchte nicht inhaltlich auf die Frage eingehen, wo die Ursachen der politischen Probleme lägen und was die Folgen seien – das erfordere eine ausführliche Diskussion, an der sie natürlich grundsätzlich interessiert sei. Sie wolle aber etwas aufgreifen, das Herr Ellerbrock zu Recht angesprochen habe, nämlich den schnellen Verweis der nationalen, regionalen und lokalen

Politiker auf die Brüsseler Bürokratie. In diesem Zusammenhang verweise sie auf eine Veranstaltung, die in der nächsten Woche stattfinde, nämlich „Europa erlesen“. Das sei nicht nur eine Lesung mit einem Literaten, sondern eine Lesung mit einem politischen Literaten, nämlich Robert Menasse. Er habe das Buch „Der Europäische Landbote: Die Wut der Bürger und der Friede Europas“ geschrieben.

Er sei nach Brüssel gefahren, um die Brüsseler Bürokraten zu treffen, die „kalten“ Bürokraten, die keine Ahnung von der Welt draußen hätten. Er habe ein faszinierendes Buch über dieses gemeinsame Europa und die Vorteile geschrieben, die die Europäische Union bringe. Dieser Autor werde am kommenden Dienstag um 19 Uhr lesen, diesmal – es werde mehr Publikum als sonst erwartet – nicht in der Staatskanzlei, sondern im MFKJKS. Sie lade den Ausschuss herzlich ein, zu dieser Lesung und Diskussion mit dem Autor zu kommen. Das werde sicher ein spannender Abend.

Werner Jostmeier (CDU) bedankt sich für den Vortrag. In Kapitel 02 030 – Europa – gebe es eine Position 632 00 – Anteile des Landes an den Kosten des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union. Der Ansatz sinke leicht. Dafür würden 106.500 € angesetzt. Nach dem Königsteiner Schlüssel sei NRW beteiligt. Er frage die Frau Ministerin, ob man diesen Beobachter bei der Europäischen Union brauche, obwohl jeder Verein ein Büro in Brüssel habe.

Frau Schwall-Düren habe die Patenschaften mit Südafrika, Mpumalanga angesprochen und kurz den Verfahrensstand mit der Neufassung des Abkommens mit dem Memorandum of Understanding in the area of Cooperation angesprochen.

Der langjährige Abteilungsleiter Dr. Jacoby habe dazu verhandelt. Nach seinen Informationen werde die Ministerin im November dieses Jahres dahin fliegen, um das zu unterzeichnen. Es sei unter anderem darauf Wert gelegt worden, dass die Zivilgesellschaft erwähnt werde und ihr Platz bei der Formulierung dieses Papiers nicht verschlechtert werde. Er frage, ob das gelungen sei, wie der Stand sei.

Beide Parlamente hätten damals den Wunsch geäußert, in diese Entwicklung mit einbezogen zu werden, sodass das nicht nur eine Sache der Regierung sei, was formaljuristisch stimme – es sei ein Regierungsabkommen. Er frage, inwieweit das Parlament konkret beteiligt werde.

Was die Beobachter der Länder angehe, so hätten sich die Länder auf diese Stelle verständigt, gibt **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK)** an. Nach dem Königsteiner Schlüssel habe man sich auf die Finanzierung verständigt. Der entscheidende Vorteil, den dieser Länderbeobachter habe, sei, dass er in anderer Weise Zugang zu Ratssitzungen bzw. zu Ratsinformationen habe, als es die Landesvertretungen rein formal bekommen könnten.

Zum Memorandum of Understanding mit Mpumalanga: Man sei, wie sie in ihrer Haushaltsrede gesagt habe, an einem Punkt angelangt, bei dem man den Text im Kabinett in der vergangenen Woche verabschiedet habe. Noch gebe es aber keine endgültige Zusage vonseiten Mpumalangas, dass der in vielen schwierigen Verhandlungen erarbeitete Text endgültig abgesichert sei.

Sie plane ihre Reise für November. Wenn es aber den Wunsch von Mpumalanga geben sollte, Entscheidendes zu ändern, dann würde sie ihre Reise verschieben müssen. Es gebe auch bestimmte Verfahren.

Was die Beteiligung des Parlaments angehe, so sei das formal nicht möglich. Die Abstimmung sei dermaßen kompliziert, dass man, wenn man auch noch mit den Parlamentariern beraten wollte, zu keinem Ende kommen würde, ganz abgesehen davon, dass das formal exekutives Handeln sei.

Herr Jostmeier habe die Zivilgesellschaft angesprochen. Es sei nicht gelungen, zu diesem Zeitpunkt einen Implementation-Plan zu verabreden, das heiße, eine Vereinbarung, die die Zusammenarbeit weiter konkretisiere. In diesem Implementation-Plan müssten auch weitere Präzisierungen stehen. Da sei es dringender Wunsch, dass die Zivilgesellschaft dort genannt werde. Das habe man nicht in dem Memorandum of Understanding unterbringen können. Es sei diesem Implementation-Plan vorbehalten. Sie bitte die Abgeordneten, die parlamentarischen Kontakte zu nutzen, um auch den Kollegen in Mpumalanga deutlich zu machen, dass vonseiten des dortigen Parlaments in Richtung Regierung bei der weiteren Erarbeitung dieses Implementation-Plans ein gewisser Schub sinnvoll wäre, damit das, was entscheidend sei, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, auch gelingen könne.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) betont, heute sei der Haushalt eingebracht worden und man könne Rückfragen stellen. In der Sondersitzung am 14. November 2013 werde er ausführlicher auf den Haushalt eingehen. Der Haushalt mache einen guten Eindruck. Kontinuität sei das große Stichwort.

Ein Hinweis: Den Prozess Europaaktive Kommunen habe der Ausschuss schon mehrfach diskutiert. Am 17. Mai habe der Ausschuss ausführlich über das Konzept beraten. Die Kriterien und das, was da gelaufen sei, seien bekannt. Dieses Thema habe der Ausschuss intensiv begleitet.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) verweist auf die Internetseite der Europaaktiven Kommune. Da seien die Kriterien alle aufgeführt.

Werner Jostmeier (CDU) meint, er habe die Ministerin so verstanden, dass es hilfreich wäre, wenn alle vier Sprecher der Fraktionen ein Schreiben in Abstimmung mit der Ministerin an die Kontaktpersonen schreiben würden, die man im Parlament vorgefunden habe, um diesen Punkt zu unterstützen.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) präzisiert, das könne der Ausschuss gerne in Bezug auf den Implementation-Plan tun, nicht aber in Bezug auf das Memorandum of Understanding. Wenn da noch etwas Neues käme, würde das alles zu großen Schwierigkeiten führen. Das sollte man wirklich miteinander abstimmen.